

11 Fakten

zur

Einkommensteuer

Respekt vor dem Fleiß der Bürger.

Die Einkommensteuer ist für den Staat die wichtigste Einnahmequelle unter den Steuern. Sie finanziert ein Drittel des deutschen Haushalts. 2016 bezahlten die Steuerpflichtigen fast 239 Milliarden Euro an Lohnsteuer und veranlagter Einkommensteuer* an das Finanzamt.

Das Steueraufkommen steigt von Jahr zu Jahr auf neue Rekordstände: Der Staat profitiert von der guten konjunkturellen Entwicklung und den hohen Beschäftigtenzahlen. Die Einnahmen liegen inzwischen deutlich über den Ausgaben. Im vergangenen Jahr erzielte der Staat so einen Überschuss von fast 24 Milliarden Euro – so viel wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Einer der größten Einnahmeposten war die Einkommensteuer.

Angesichts der vollen Kassen besteht kein Bedarf, die Steuern zu erhöhen. Vielmehr gibt es Spielraum für Steuersenkungen, ohne die Finanzierung der zentralen Aufgaben des Staates zu gefährden. Besonders die Mittelschicht war in den vergangenen Jahren mit einer steigenden Steuerlast konfrontiert – zum einen, weil die Steuern im progressiven Steuertarif bei Einkommenserhöhungen stärker steigen als die Einkommen, zum anderen, weil der Steuertarif nicht ausreichend an die Inflation angepasst wird.

Diese Entwicklung hat zur Folge, dass sich Fleiß immer weniger lohnt. Der Gesetzgeber ist gefragt, mit gezielten Entlastungen dafür zu sorgen, dass den Bürgern mehr von ihrem Einkommen bleibt.

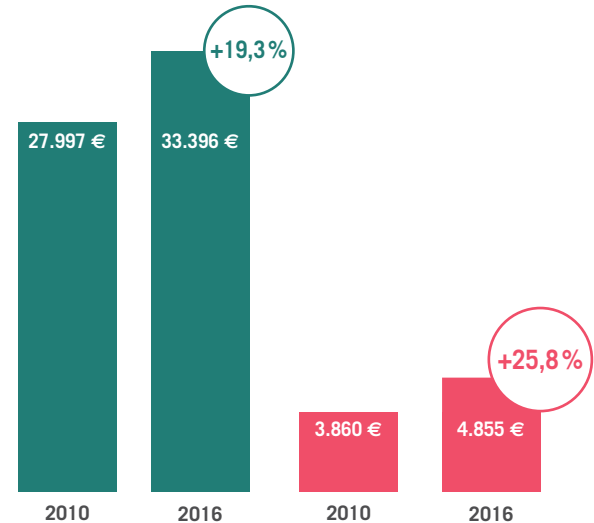
* Teil der Einkommensteuer, der über die Einkommensteuererklärung der Steuerpflichtigen vom Finanzamt festgesetzt wird

Fakt 1: Die Einnahmen durch die Einkommensteuer steigen stärker als die Löhne.

Die Einkommensteuer bringt immer mehr Geld in die Staatskasse. 2010 brachten Lohnsteuer und veranlagte Einkommensteuer, die etwa von Selbstständigen gezahlt wird, noch 159 Milliarden Euro ein. 2016 waren es bereits 239 Milliarden Euro.

Das starke Wachstum der Staatseinnahmen liegt unter anderem an einer höheren Erwerbstätigenzahl. Aber auch die durchschnittliche Steuerlast stieg an – stärker als die Lohnzuwächse. Grund hierfür ist das progressive Steuersystem, in dem die Steuern stärker als der Lohn steigen.

Die Steuerbelastung nimmt zu.



■ Durchschnittlicher Jahresbruttolohn
■ Lohnsteuer plus Solidaritätszuschlag

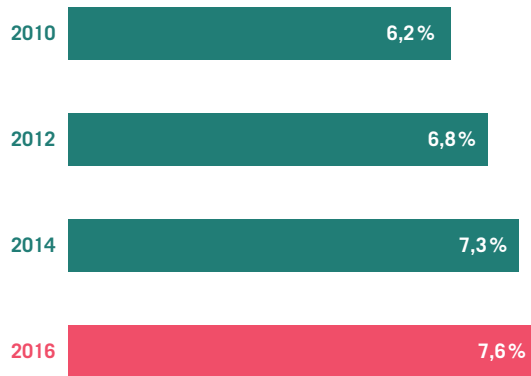
Vergleich der Entwicklung von Einkommen und Steuerlast
von kinderlosen Durchschnittsverdienern

Fakt 2: Die Steuerquote steigt und steigt.

Die Steuerquote zeigt das Verhältnis des Steueraufkommens zum Bruttoinlandsprodukt. Die Kennzahl ist seit 2001 gestiegen. Die Einkommensteuer war ein maßgeblicher Treiber dieser Entwicklung. Denn die Einkünfte, die der Staat mit ihr erzielt, wachsen schneller als die deutsche Wirtschaftskraft.

Vor einem Jahrzehnt lag das Aufkommen von Lohnsteuer und veranlagter Einkommensteuer noch bei 6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Inzwischen müssen die Deutschen rund 8 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung an das Finanzamt abführen. Damit verringern sich die Leistungsanreize.

Steuern pro erwirtschaftetem Euro steigen an.



Einkommensteueraufkommen im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt

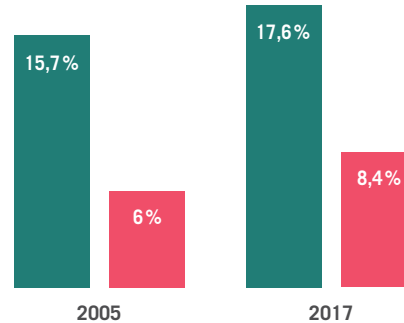
Quellen: Bundesministerium der Finanzen, 2017; Statistisches Bundesamt, 2017

Fakt 3: Steuern für mittlere Einkommensbezieher nehmen zu.

Die Anfang des Jahrtausends in Kraft getretene Steuerreform hatte das Ziel, die Steuerzahler deutlich zu entlasten. Der Spitzensteuersatz sank von 53 auf 42 Prozent. Auch der Eingangssteuersatz wurde spürbar reduziert. Obwohl die Steuersätze nicht erhöht wurden, nimmt die Steuerlast seit 2005 wieder zu, wie das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) ermittelt hat.

Weil die Tarifgrenzen nicht ausreichend an die steigenden Einkommen angepasst wurden, kam es zu versteckten Steuererhöhungen.

Die Steuerlast steigt.



■ Single mit Durchschnittseinkommen

■ Ehepaar mit Durchschnittseinkommen

Entwicklung der Steuerbelastung unterschiedlicher Haushaltstypen*

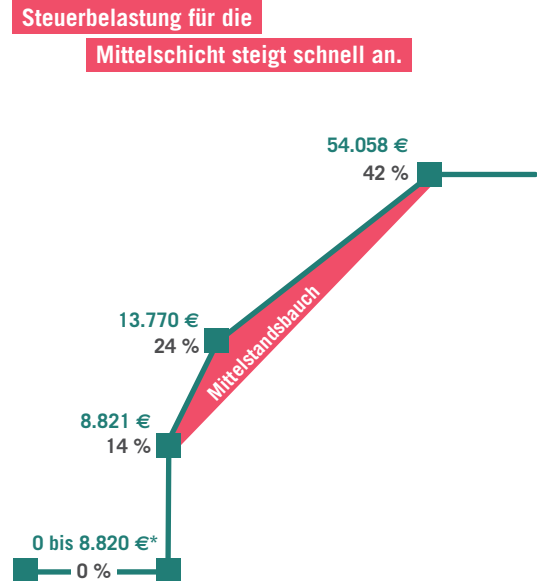
* Basis: Jahresbruttogehalt minus 10 Prozent als Pauschale für die steuerliche Abzugsfähigkeit von Aufwendungen

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), 2017

Fakt 4: Die Steuerlast der Mittelschicht wächst überproportional.

Für Haushalte mit unterem und mittlerem Einkommen nimmt die Steuerlast mit jedem mehr verdienten Euro besonders stark zu. Das liegt daran, dass der progressive Steuertarif nicht gleichmäßig ansteigt. Im unteren Bereich nimmt die Belastung rund vier Mal so stark zu wie bei Einkommen, die über 13.770 Euro liegen. Dadurch entsteht der sogenannte Mittelstandsbauch im Steuertarif.

Durch eine komplette Abflachung des Bauchs würden alle Steuerzahler, die über dem Grundfreibetrag liegen, profitieren.



**Grenzsteuersätze zu versteuernder Einkommen,
mit Mittelstandsbauch**

* Grundfreibetrag

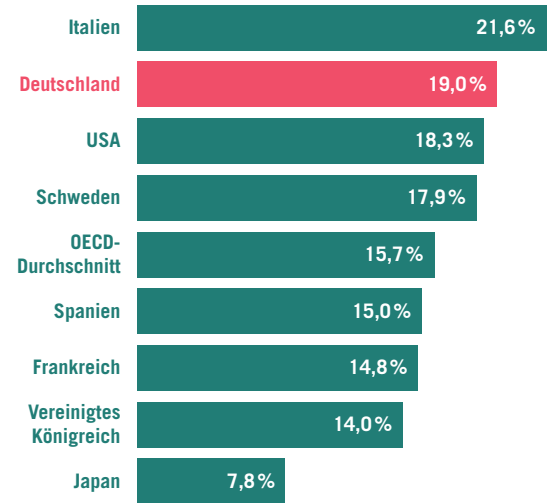
Quelle: Bundesministerium der Finanzen, 2017

Fakt 5: Deutsche zahlen im Vergleich hohe Steuern.

Viele Arbeitnehmer in Deutschland haben eine deutlich höhere Einkommensteuerbelastung als die Bürger anderer OECD-Staaten. Ein unverheirateter, kinderloser Durchschnittsverdiener in Vollzeitbeschäftigung muss sein Einkommen mit 19 Prozent versteuern, im OECD-Mittel beträgt die Steuerlast nur 15,7 Prozent.

Hinzu kommen noch die im Vergleich hohen Sozialabgaben von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Deutschland: Fast die Hälfte der gesamten Arbeitskosten von Menschen mit durchschnittlichem Einkommen fließen aufgrund von Steuern und Abgaben an den Staat. Nur in Belgien muss ein alleinstehender Durchschnittsverdiener einen noch größeren Anteil seines Verdienstes an den Staat abführen.

In den meisten Ländern sind die Steuern niedriger.

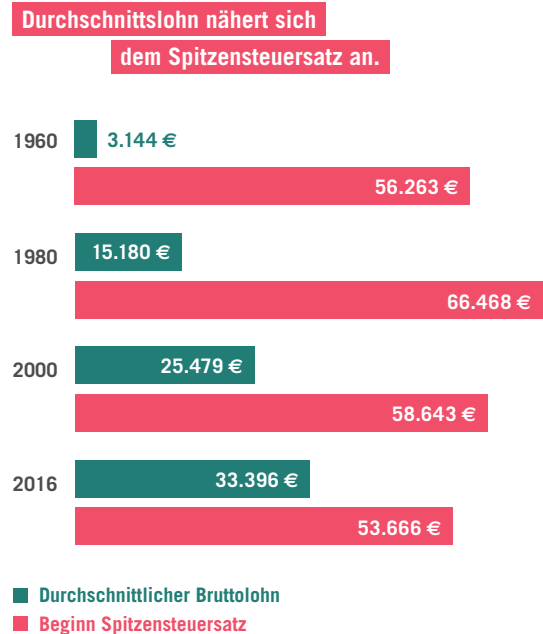


So viel Einkommensteuer zahlt ein unverheirateter, kinderloser Durchschnittsverdiener in ausgewählten OECD-Staaten

Fakt 6: Normalverdiener zahlen den Spitzensteuersatz.

Schon Facharbeiter werden heute ähnlich besteuert wie früher Top-Manager: Bereits ab einem Einkommen von 53.666 Euro greift in Deutschland derzeit der Spitzensteuersatz von 42 Prozent. 1960 wurde bei einer ähnlichen Schwelle die höchste Besteuerung erreicht, nämlich bei umgerechnet 56.263 Euro. Dieser Betrag hatte damals aber eine viel höhere Kaufkraft als heute.

Der Spitzensatz lag damals zwar bei 53 Prozent. Doch wer 1960 den Spitzensteuersatz erreichte, verdiente auch das 18-Fache des Durchschnittslohnes. Heute reicht schon etwa das Anderthalbfache eines durchschnittlichen Einkommens, um unter den Spitzensteuersatz zu fallen.



Vergleich zwischen durchschnittlichem Lohn und Beginn des Spitzensteuersatzes

Fakt 7: Das obere Zehntel bezahlt mehr als die Hälfte des Ein- kommensteueraufkommens.

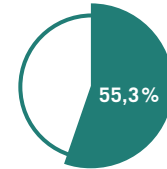
Das progressive Steuersystem in Deutschland sorgt dafür, dass starke Schultern mehr tragen. Folge: Die einkommensstärksten 10 Prozent der Haushalte bezahlen mehr als die Hälfte des gesamten Einkommensteueraufkommens.

Der Anteil an der Finanzierung des Staatshaushalts dieser Haushalte mit hohem Einkommen hat seit 2010 zugenommen. Es gibt daher keinen Bedarf, die Progression noch weiter zu verschärfen.

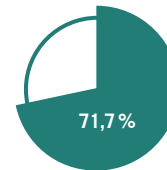
Starke Schultern tragen einen
großen Teil der Steuerlast.



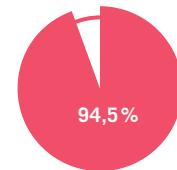
einkommensstärkste
1 PROZENT



einkommensstärkste
10 PROZENT



einkommensstärkste
20 PROZENT



einkommensstärkste
50 PROZENT

Beitrag der Steuerpflichtigen zum Einkommensteueraufkommen 2016,
dargestellt in Anteilen der einkommensstärksten Haushalte

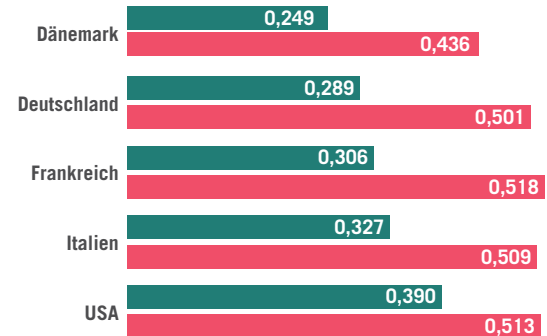
Fakt 8: Umverteilung funktioniert in Deutschland.

Das Umverteilungssystem in Deutschland ist aufgrund der progressiven Einkommensteuer so effektiv wie in kaum einem anderen Land. Während die Ungleichheit der Bruttoeinkommen hierzulande international im Mittelfeld liegt, ist die Ungleichheit der Nettoeinkommen so gering wie in kaum einem anderen Land.

Der Gini-Koeffizient*, der den Grad der Ungleichheit misst, liegt bei den Nettoeinnahmen 40 Prozent niedriger als beim Bruttoeinkommen. Nach Steuern und Transfers ist die Einkommensungleichheit in Deutschland damit deutlich geringer als in den meisten anderen OECD-Staaten.

Steuern und Transfers

verringern die Ungleichheit.



■ Gini-Koeffizient* der Nettoeinkommen

■ Gini-Koeffizient der Markteinkommen
(Arbeits- und andere Einkommen vor Steuern und Abgaben)

**Einkommensungleichheit und staatliche Umverteilung in
ausgewählten OECD-Staaten im Jahr 2012**

* zwischen 0 (alle sind gleich) und 1 (einer hat 100 Prozent):
je höher der Wert ist, umso größer ist die Ungleichheit

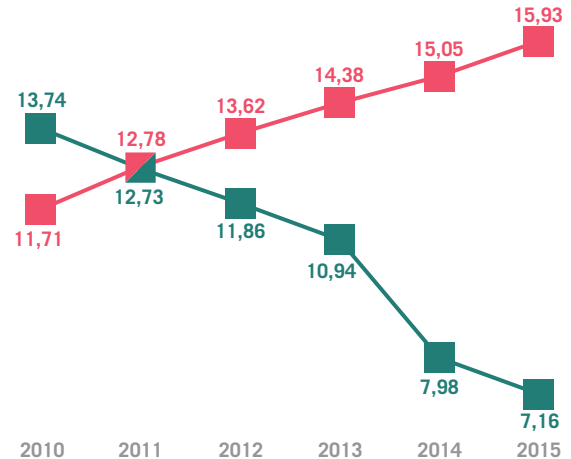
Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2016; ifo Institut, 2016

Fakt 9: Nur ein Bruchteil des Solidaritätszuschlags fließt in den Aufbau Ost.

Der 1991 erstmals eingeführte Soli sollte den Aufbau Ost finanzieren. Da Steuern nicht zweckgebunden sind, muss die Bundesregierung die Einnahmen aber nicht in die neuen Bundesländer investieren. Das tut sie auch nicht, zumal der Aufbau Ost größtenteils abgeschlossen ist und Ostdeutschland teilweise eine modernere Infrastruktur als der Westen hat.

Der Solidaritätszuschlag ist daher ein Etikettenschwindel. Die Einnahmen übersteigen die tatsächlichen Ausgaben. Zwischen 2010 und 2015 gingen aufgrund des Soli mehr als 83 Milliarden Euro an den Staat. Die Förderung der neuen Länder durch den Solidarität II betrug im gleichen Zeitraum jedoch weniger als 65 Milliarden Euro. Der Bund macht jedes Jahr ein Milliardenplus.

Der Soli ist ein Etikettenschwindel.



■ Einnahmen durch Solidaritätszuschlag in Milliarden Euro

■ Zuschüsse für neue Länder in Milliarden Euro

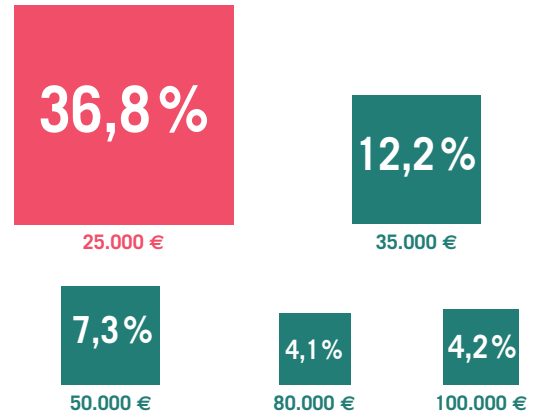
Vergleich der Entwicklung der Einnahmen mit Zahlungen aus dem Solidarität II an die ostdeutschen Bundesländer

Fakt 10: Kalte Progression trifft Geringverdiener besonders.

Der Staat profitiert von einer versteckten Steuererhöhung, da die Eckwerte des progressiven Steuertarifs nur unzureichend der Inflation angepasst werden. Sogar bei stabilen Realeinkommen steigt für viele Menschen deshalb die Steuerlast. Dieser Effekt heißt kalte Progression.

Auch vom allgemein steigenden Lohnniveau profitiert der Staat überproportional stark, da die höheren Einkommen mit höheren Grenzsteuersätzen belegt werden. Aufgrund dieser kalten Progression im weiteren Sinne verdiente der Staat zwischen 2011 und 2016 70,1 Milliarden Euro. Leidtragende sind dabei vor allem Menschen mit relativ niedrigen Einkommen: Bei einem Haushalt, der 25.000 Euro im Jahr 2010 verdiente, führt der Effekt in den folgenden fünf Jahren zu 36,8 Prozent der gesamten Einkommensteuerlast.

Versteckte Steuererhöhung
belastet die Schwächeren.



Anteil der kalten Progression* an der gesamten Einkommensteuerlast von 2011 bis 2016 (kumuliert, inklusive Solidaritätszuschlag), gestaffelt nach Bruttoeinkommen

* Kalte Progression durch Inflation und allgemeine Steigerung des Lohnniveaus

Quelle: ifo Institut, 2016

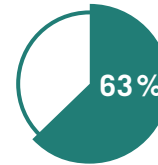
Fakt 11: Mehrheit für steuerliche Entlastungen.

Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sehen politischen Handlungsbedarf bei der Steuerpolitik. Das ergab eine repräsentative Umfrage der Meinungsforscher von Kantar Emnid.

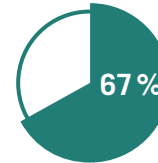
63 Prozent der Befragten sprechen sich dafür aus, mittlere Einkommen zu entlasten, 67 Prozent halten eine Entlastung von Geringverdienern für notwendig. Weitere 63 Prozent wünschen sich eine Senkung des Solidaritätszuschlags.

Umgekehrt ergibt sich ein noch deutlicheres Bild: Für eine Erhöhung der Einkommensteuer können sich nur 8 Prozent begeistern.

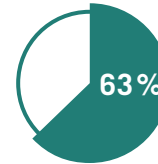
Der Wunsch nach Entlastung überwiegt.



... mittlere Einkommen entlastet



... Geringverdiener entlastet



... den Solidaritätszuschlag senkt

So viel Prozent der Befragten finden es wichtig,
dass die neue Bundesregierung ...

Ausgewählte Quellen

Datensammlung zur Steuerpolitik,
Bundesministerium der Finanzen, 2017

Die Beseitigung des Mittelstandsbauchs – Varianten und Kosten,
ifo Institut, 2016

**Die Einkommensteuer im Zeitverlauf – Belastungswirkungen für
verschiedene Haushaltstypen,**
Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2017

Taxing Wages – Germany,
OECD, 2017

Wer trägt den Staat im Jahr 2015?,
Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, 2015

Impressum

Herausgeber: INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH,
Georgenstraße 22, 10117 Berlin

Geschäftsführer: Hubertus Pellengahr

Projektleitung: Philippe Riechel

Kontakt: info@insm.de

Grafische Gestaltung: IW Medien GmbH, Köln · Berlin

Stand: Juni 2017

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert. Sie steht für Freiheit und Verantwortung, Eigentum und Wettbewerb, Haftung und sozialen Ausgleich als Grundvoraussetzung für mehr Wohlstand und Teilhabechancen.